

## Antrag auf Gewährung einer besonderen monatlichen Zuwendung (Opferpension)

nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)

Eingangsstempel
Aktenzeichen

## Hinweise:

Für einen möglichen Leistungsbeginn ist der Zeitpunkt der Antragstellung ausschlaggebend. Zur Fristwahrung reicht zunächst ein formloser Antrag aus. Die Leistung wird erstmals mit dem auf die Antragstellung folgenden Monat ausbezahlt.

Für die Prüfung, ob Ihnen Leistungen nach § 17a StrRehaG gewährt werden können, ist der vollständig ausgefüllte Antrag und alle weiteren notwendigen Unterlagen erforderlich. Wir empfehlen, diese Unterlagen unverzüglich der für die Feststellung und Gewährung der Leistung bei der für Ihren Wohnsitz örtlichen zuständigen unteren Eingliederungsbehörde beim Landratsamt oder Bürgermeisteramt des Stadtkreises zuzuleiten.

Derzeit nicht vorhandene ergänzende Unterlagen können Sie nachreichen.

Bitte geben Sie in der beiliegenden Erklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse nur **Ihr** Einkommen an. Das Einkommen des Partners oder weiterer Familienmitglieder bleibt unberücksichtigt.

Die Daten über die wirtschaftlichen Verhältnisse sind erforderlich, um über Ihren Antrag auf Gewährung einer monatlichen besonderen Zuwendung nach § 17a StrRehaG entscheiden zu können. § 15 Landesdatenschutzgesetz ist hierfür Grundlage.

Ihre Angaben werden mit Hilfe einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert.

Bitte beantworten Sie die nachfolgenden Fragen sorgfältig und vollständig.

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen.

## 1. Angaben zur Person

1.1	Zuname, ggf. frühere Namen		1.2	Namenszusatz		
1.3	Vorname		ı			
1.4	Geburtsdatum		1.5	Geschlecht		
1.6	Straße, Hausnummer					
1.7	Postleitzahl, Ort					
1.8	Familienstand  ledig verwitwet geschieden getrennt lebend verheiratet (bitte Heiratsurkunde beifügen) eingetragene Lebenspartnerschaft (bitte Lebenspartnerschaftsurkunde beifügen) eheähnliche/lebenspartnerähnliche Gemeinschaft (bitte Meldebescheinigung beider Partner beifügen)					
1.9	Telefon tagsüber für eventuelle Rückfra	gen (freiwillig)				
2. Haftzeit/Rehabilitierungen/Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling						
			<u> </u>			
2.1	Freiheitsentziehung (TT.MM.JJJJ) von - bis	Rehabilitierungs-/	/Kassa ach §	ationsentscheidung, 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz beantragt		
		Rehabilitierungs-/ Bescheinigung na	/Kassa ach § / lurch/	10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
		Rehabilitierungs-/ Bescheinigung na (HHG) ergangen c	/Kassa ach § / lurch/	10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
		Rehabilitierungs-/ Bescheinigung na (HHG) ergangen o Gericht/Stelle/Behörd	/Kassa ach § / lurch/	10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
		Rehabilitierungs-/Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen:	/Kassa ach § / lurch/	10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
	von - bis	Rehabilitierungs-/Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen:	/Kassa ach § / lurch/	10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
2.1	von - bis  Gewährung der Kapitalentschädigung e	Rehabilitierungs-/ Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen: am rfolgte durch Aktenzeichen	/Kassa ach § / lurch/	10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz beantragt		
2.1	von - bis  Gewährung der Kapitalentschädigung e Stelle/Behörde	Rehabilitierungs-/ Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen: am rfolgte durch Aktenzeichen	gesor/Kassaach §	ndert aufführen. ationsentscheidung, 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
2.1	von - bis  Gewährung der Kapitalentschädigung e Stelle/Behörde  rn darüber hinaus noch weitere Haftzeite Freiheitsentziehung (TT.MM.JJJJ)	Rehabilitierungs-/ Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen: am rfolgte durch Aktenzeichen	gesor /Kassaach § / lurch/ de	ndert aufführen. ationsentscheidung, 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
2.1	von - bis  Gewährung der Kapitalentschädigung e Stelle/Behörde  rn darüber hinaus noch weitere Haftzeite Freiheitsentziehung (TT.MM.JJJJ)	Rehabilitierungs-/ Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen: am rfolgte durch Aktenzeichen en vorliegen, bitte Rehabilitierungs-/ Bescheinigung na (HHG) ergangen of	gesor /Kassaach § / lurch/ de	ndert aufführen. ationsentscheidung, 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
2.1	von - bis  Gewährung der Kapitalentschädigung e Stelle/Behörde  rn darüber hinaus noch weitere Haftzeite Freiheitsentziehung (TT.MM.JJJJ)	Rehabilitierungs-/Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen: am  rfolgte durch Aktenzeichen  en vorliegen, bitte  Rehabilitierungs-/Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd	gesor /Kassaach § / lurch/ de	ndert aufführen. ationsentscheidung, 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		
2.1	von - bis  Gewährung der Kapitalentschädigung e Stelle/Behörde  rn darüber hinaus noch weitere Haftzeite Freiheitsentziehung (TT.MM.JJJJ)	Rehabilitierungs-/Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen: am rfolgte durch Aktenzeichen en vorliegen, bitte Rehabilitierungs-/Bescheinigung na (HHG) ergangen of Gericht/Stelle/Behörd Aktenzeichen: am	gesor /Kassaach § / lurch/ de	ndert aufführen. ationsentscheidung, 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz		

2.3	Freiheitsentziehung (TT.MM.JJJJ) von - bis	Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung, Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) ergangen durch/beantragt			
		Gericht/Stelle/Behörde			
		Aktenzeichen:			
		am			
	Gewährung der Kapitalentschädigung e				
	Stelle/Behörde	Aktenzeichen			
2.4	Weitere Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidungen oder Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG sind nicht ergangen bzw. erteilt und wurden auch nicht beantragt.				
3. A	usschluss doppelter Leistungsgew	ährung			
3.1		ng kann nur von einer Stelle/Behörde gewährt nderen monatlichen Zuwendung schließt Unter- ehaG an Berechtigte aus.			
		onatliche Zuwendung von keiner anderen Stelle/ i keiner anderen Stelle/Behörde beantragt.			
	☐ Ich erhalte seit Inkrafttreten des § 17a StrRehaG keine Unterstützungsleistung nach § 18 StrRehaG von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und habe diese auch nicht beantragt.				
4. Ei	inkommen				
	füllen Sie die "Erklärung über die wirt er die erforderlichen Nachweise für Ih	schaftlichen Verhältnisse" aus und fügen Sie re Angaben bei.			
	eser Erklärung sind nur die eigenen E Partners sowie weiterer Familienangel	inkünfte anzugeben, die Einkünfte des Ehegat- hörigen bleiben unberücksichtigt.			
	ie mir zustehende besondere mona berwiesen werden:	tliche Zuwendung soll auf folgendes Konto			
5.1	Name und Sitz des Geldinstituts				
	IBAN	BIC			
	Bankleitzahl	Kontonummer			
Kontoinhaber/-in (falls nicht mit Antragsteller/-in identisch)					
6. B	eizufügende Unterlagen				
Die n		d Nachweise sind jeweils im Original beizufügen. zurückgegeben.			
6.1					
	Rehabilitierungsentscheidungen (Anzahl:)				

	Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG
	☐ Erklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse
	aktuelle Meldebescheinigung
	Führungszeugnis nach § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) - Zur Vorlage bei einer Behörde -
	Folgende Unterlagen reiche ich nach:
6.2	Die nachfolgend angeführten Unterlagen liegen mir derzeit nicht vor. Aufgrund der Regelungen zum Leistungsbeginn erfolgt diese Antragsstellung fristwahrend, die Unterlagen reiche ich umgehend nach.
7. Eı	·klärung
	Ich bin damit einverstanden, dass von den Rehabilitierungs- und Entschädigungsstellen, den HHG-Behörden, der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, dem Bundesamt der Justiz oder anderen Behörden und Stellen weitere Auskünfte eingeholt werden, soweit diese für die Entscheidung über die Zahlung/die Gewährung der monatlichen Zuwendung erforderlich sind.
	Das Einverständnis gilt für das mit dem Antrag eingeleitete Verwaltungsverfahren und für sich evtl. anschließende Rechtsbehelfsverfahren.
	Auch erkläre ich mich einverstanden, dass meine persönlichen Daten (Name, Vorname, gegebenenfalls frühere Namen, Geburtsdatum, Anschrift, Bewilligungsgrund und Bewilligungsbehörde) an das Bundesverwaltungsamt Köln, Außenstelle Friedland (Kontrolldatei), ausschließlich zum Zwecke der Prüfung auf eventuelle Doppelzahlungen übermittelt werden.
	Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass ich nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen, dem damaligen herrschenden politischen System keinen erheblichen Vorschub geleistet oder meine Stellung nicht in schwerwiegendem Maße zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht habe.
	Außerdem erkläre ich, dass ich mich weder mündlich noch schriftlich gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit, dem Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei oder ähnlichen Organisationen zur Mitarbeit verpflichtet habe und/oder zu keiner Zeit für eine dieser Organisationen tätig gewesen bin. In den Jahren der SED-Herrschaft gehörte ich nicht als inoffizielle(r), offizielle(r) oder andere(r) Mitarbeiter-/in dem Ministerium für Staatssicherheit an.
	Weiterhin erkläre ich, dass gegen mich <b>keine Freiheitsstrafe</b> von drei oder mehr Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat rechtskräftig verhängt worden ist.
	Mir ist bekannt, dass ich nach § 17a Abs. 4 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz verpflichtet bin, Änderungen des Einkommens unverzüglich mitzuteilen. Dies betrifft auch Änderungen des Familienstandes, des Wohnsitzes oder der Bankverbindung.
	Mir ist bekannt, dass der Leistungsbescheid zurückgenommen und die gewährten Leistungen zurückgefordert werden können, wenn ich unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe. Eine Berufung auf Vertrauensschutz ist in diesem Fall nicht möglich.
	Ort, Datum Unterschrift